

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36 531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 69

Bonn, den 30. August 1952

VI. Jahrg.

Eigentumsbildung muß erleichtert werden

Dr. von Brentano will neuen Auftrieb für alte Forderung des christlich-demokratischen Parteiprogramms

Der Begriff des „Eigentums“ ist in der politischen Sphäre etwas in Verruf gekommen. Wer in diesem Bereich von Eigentum spricht, pflegt damit meist die Vorstellung von einem großen Eigentum an Kapital und Produktionsmitteln oder an Grund und Boden zu verbinden, von einem Eigentumsrecht, dessen Ausübung im Interesse des Gemeinwohles eingeschränkt werden muß. Diese Betrachtungsweise ist zum Teil — wie vieles andere — eine Erbschaft des vorigen Jahrhunderts mit seiner Zusammenballung wirtschaftlicher Machtmittel auf der einen und seiner Proletarisierung weiter Volksschichten auf der anderen Seite.

Im 20. Jahrhundert aber ist vieles anders geworden. Zwei Weltkriege und ihre Folgen haben die einst breite Zwischenschicht der sogenannten bürgerlichen Eigentums-träger zerrieben, und das einstige „Proletariat“, die Arbeiterschaft, wurde von den Millionen der total besitzlosen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge unterwandert. Gerade diese grundlegende Veränderung aber hat die alte Erkenntnis verstärkt, daß zwar das „große“ Eigentum im Interesse des Gemeinwohls Beschränkungen hinnehmen muß, daß aber andererseits jedem die Möglichkeit geboten werden muß, überhaupt Eigentum zu erwerben.

Auf diese Notwendigkeit hat in den letzten Tagen auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Heinrich von Brentano, hingewiesen. Er hat damit ein echtes Anliegen der CDU/CSU erneut in Erinnerung gerufen. In den „Düsseldorfer Leitsätzen“ der CDU (Juli 1949) wird in Punkt 10 präzisiert erklärt: „Die soziale Marktordnung bejaht und fördert das private Eigentum. Eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Erträge und eine soziale Gesetzgebung müssen aus den vermögenslosen Schichten unseres Volkes in großem Umfange besitzende Eigentümer machen.“ Diese klare Forderung wird an der gleichen Stelle authentisch dahin interpretiert:

„Persönliche Freiheit wird durch wirtschaftliche Unabhängigkeit gefördert. Wirtschaftliche Unabhängigkeit beruht auf dem privaten Eigentumsrecht. Das private Eigentumsrecht muß daher verfassungsrechtlich geschützt werden. Im Interesse der von uns angestrebten breiten Streuung des vorhandenen Volksvermögens wollen wir privatwirtschaftlichen Unternehmensformen besondere Aufmerksamkeit zuwenden.“

Dieses Gedankengut, das sich im letzten auf die christliche Sozialethik gründet, ist

auch stets lebendig geblieben. Auf dem Ersten Parteitag der CDU in Goslar (Oktober 1950) z. B. erklärte Landtagspräsident Josef Gockeln in seinem Referat: „Der soziale Auftrag der CDU“:

„Eine auf Freiheit beruhende Lebensordnung ist nicht denkbar ohne Anerkennung des Eigentums. Das mit der Natur gegebene Recht auf Eigentum hat für alle eigentumslosen Volksgenossen die gleiche rechtliche und sittliche Bedeutung wie für diejenigen, die im Besitz von Eigentum sind. Mehr Eigentum, und vor allem mehr Eigentum in Privathänden, das sollte der erste und wichtigste Grundsatz sein. Handelsrecht und Steuerpolitik sind danach zu gestalten.“

Auf dem Zweiten Parteitag der CDU in Karlsruhe (Oktober 1951) betonte Ministerpräsident Karl Arnold in seinem Referat

Von Berlin nach Stuttgart

In zeitlich geringem Abstand ist dem Deutschen Katholikentag in Berlin der Deutsche Evangelische Kirchentag in Stuttgart gefolgt. Stand die Berliner Tagung unter der Parole „Gott lebt!“, so erhebt sich in Stuttgart der Ruf „Wählt das Leben!“. In christlicher Sicht stehen diese beiden Leitmotive in unzerstörbarem Zusammenhang. Daraus ergibt sich ein Zweifaches: die Gegenwartsnähe und die Notwendigkeit der großen Tagungen der beiden christlichen Bekenntnisse Deutschlands auf dem festen Fundament der christlichen Weltanschauung der mannigfachen harten Belastung des Lebens Herr zu werden. So steht auch der Deutsche Evangelische Kirchentag in Stuttgart als die Sammlung der evangelischen Laienchristenheit mitten im Leben und muß zu den Problemen dieses Lebens ein klares, richtungweisendes Wort sagen. Der Präsident des Kirchentages, D. Dr. Reinhold von Thadden-Trieglaff, hat diese Aufgabe eindeutig bejaht, wenn er an der Schwelle des Kirchentages feststellte, die Veranstalter rechneten ernsthaft mit den Realitäten der modernen Welt, ihren unerhörten neuen Möglichkeiten und mit den ihr innewohnenden selbstmörderischen Vernichtungstendenzen.

Damit aber sind wir schon mitten in den tragischen Problemen, die unser heutiges Leben bewegen und jenes quälende Gefühl ausgelöst haben, dem man den Namen „Lebensangst“ gegeben hat. Fast als Illustration dieser Lage sind noch vor wenigen

„Der soziale und wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands“:

„Wir dürfen nicht übersehen, daß das Bedürfnis nach dem Eigenheim in unserem Volk vorhanden und daß dieses Bedürfnis im Wachsen ist.“

Es blieb nicht bei diesen Erklärungen in Leitsätzen auf Parteitagen. Die gesamte Politik der CDU/CSU war auch von diesen Gedanken getragen, von Steuerreform und Wohnungsbau bis zum Lastenausgleichsgesetz. Wenn auch nicht immer besonders darauf hingewiesen wurde, so war doch stets das Bestreben vorhanden, die Bildung von Privateigentum zu fördern und auch dadurch die sozialen Verhältnisse zu konsolidieren. Nun hat Dr. von Brentano ausdrücklich von der Förderung des Eigentumswohnungsbaues, von einer stärkeren Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt wie auch von den Familienausgleichskassen gesprochen. Dieses und manches andere soll in den nächsten Monaten vom Gesetzgeber geschaffen bzw. verabschiedet werden. Daß es nicht früher geschah, lag an der Hypothek von 1945, die die Bundesrepublik mit ihrer Konstituierung übernehmen mußte.

Tagen in zufälligem Zusammentreffen zwei erschütternde Zahlen genannt worden: Der Kriegsgefangenen - Sonderkommission der Vereinten Nationen in Genf haben die deutschen Delegierten Unterlagen über insgesamt eine Million vermißter deutscher Soldaten vorgelegt und ein in Berlin veröffentlichter Bericht der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ legt dar, daß seit 1945 allein in den sowjetischen Konzentrationslagern auf deutschem Boden insgesamt 96 000 Männer, Frauen und Kinder ums Leben gekommen sind. Das sind Zahlen, die auch vor dem furchtbaren Hintergrund der Opfer des Nationalsozialismus, des Krieges und der Massenvertreibungen nichts von ihrem Grauen einbüßen.

Alle diese Fragen verlangen eine erhöhte Aktivität der Christen und das Wort des Präsidenten von Thadden-Trieglaff, „man könne die Lösung der Probleme „nicht in beschaulichen Betrachtungen hinter dem Schreibtisch aus den Fingern saugen“, hat auch in diesem Zusammenhang sein volle Gültigkeit. Diese Aktivität aber muß — das liegt in der Natur der Dinge — sich nicht zuletzt im sogenannten politischen Raum auswirken, weil ja die Anliegen der Gemeinschaft hier gestaltet und gelöst werden müssen. Und deshalb sehen wir in den großen, aufrüttelnden Tagungen der beiden christlichen Bekenntnisse — so unpolitisch sie an sich sind — dennoch Ereignisse von eminent politischer Bedeutung.

Arbeitserfolge in Schleswig-Holstein

Auch in Schleswig-Holstein gefällt sich die SPD darin, der Wahlblockregierung nachzurechnen, was sie angeblich versäumt habe und wie wirkungsvoll dagegen die früheren sozialdemokratischen Regierungen gearbeitet. Zwar weiß jedermann um die besonders schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschlands nördlichem Grenzgebiet, aber wegen der besonders im Pinneberger Wahlkampf geführten unsachlichen Propaganda darf nicht unterlassen werden, noch einmal an einige wenige Erfolge der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu erinnern.

Ausgeglichene Finanzen

Es ist das Verdienst des Ministerpräsidenten Lübke, in Bonn das Verständnis für die Notlage des Landes geweckt zu haben. Dank des Entgegenkommens der Bundesregierung erreichte er, daß Schleswig-Holstein weit über den Rahmen des Länderfinanzausgleichs geholfen wird. Bei der Durchführung des Länderfinanzausgleichs wird die Finanzkraft Schleswig-Holsteins von 48,7 Prozent des Bundesdurchschnitts auf 75,1 Prozent gehoben. Das Länderfinanzausgleichsgesetz für das Jahr 1951 gilt auch für 1952. Die Länder leisten jetzt monatliche Vorauszahlungen an Schleswig-Holstein, auch wenn der Finanzausgleich in seiner endgültigen Höhe noch nicht feststeht.

Der Bund gewährte 1949 einen Sonderkredit von 38 Millionen. Dieser Kredit ist dann auf Betreiben der neuen Landesregierung in einen verlorenen Zuschuß umgewandelt worden. 1950 wurde nochmals ein Sonderkredit von 70 Millionen DM gewährt, ferner ein einmaliger Sonderfinanzausgleich von 30 Millionen zur Abdeckung der alten Schulden und im Haushaltsjahr 1951 weitere 40 Millionen DM für Investitionszwecke. Für das Haushaltsjahr 1952 hat die Bundesregierung schon die gleiche Summe zugesichert.

Durch alle diese Maßnahmen und durch das Ansteigen der Steuereinkünfte dank der besseren wirtschaftlichen Lage war es möglich, den Landeshaushalt im Rechnungsjahr 1952 erstmalig auszugleichen.

Besserstellung der Verwaltungsangehörigen

Schleswig-Holstein hat als erstes Land Schluß gemacht mit der Entnazifizierung. Die Sparverordnung und die 6prozentige Gehaltskürzung für Beamte wurden ausgesetzt. Die Landesbediensteten bekamen eine 20prozentige Teuerungszulage und ein halbes Monatsgehalt zugestanden. Die Neuorganisation der Polizei ist in voller Vorbereitung. Ihr Ziel ist die Schaffung einer schlagkräftigeren Polizei.

Sorge für die Jugend

Die schulische und berufliche Erziehung lag der Wahlblockregierung von vornherein besonders am Herzen. Man hat zunächst die Schulreform aus der Landesgesetzgebung herausgenommen und die vierjährige Grundschule wieder eingeführt. Dann wurde die Schülerzahl der Klassen von durchschnittlich 64 Kindern pro Lehrer im Jahre 1948 auf 44 Kinder pro Lehrer gesenkt. 1946 unterrichteten an Volks- und Mittelschulen 6217 Lehrkräfte, im vorigen Jahre schon wieder 9597. In diesem Jahre wurden 14,2 Millionen für Schulbaumittel aufgebracht. Darüber hinaus hat der Landtag kürzlich die Vorfinanzierung von weiteren 9 Millionen Schulbaumitteln

genehmigt. Die Mittel zur Wiederherstellung der Universitätskliniken konnten um 500 000 DM auf 922 000 DM erhöht werden. Bisher entstanden 38 neue Volkshochschulen, 2 Heimvolkshochschulen und 42 Volksbüchereien. Die Aufbauzüge an ländlichen Volksschulen wurden großzügig ausgebaut. 125 neue Lehrlingsheime sind entstanden und 5000 Lehrlinge konnten nach Nordrhein-Westfalen in Arbeit vermittelt werden. 1950 brachte das Land für die Zwecke der Jugendpflege rund 1,9 Millionen DM auf, in diesem Jahre wurden dafür schon 3,3 Millionen DM ausgeworfen. Der Gesamtetat des Kultusministeriums wuchs von 65,5 Millionen im Jahr 1947 auf 139,5 Millionen in diesem Jahre an.

Gesunde Agrarpolitik

Die mißglückte sozialistische Bodenreform ist aus der Landgesetzgebung herausgenommen und das umfangreiche Siedlungsprogramm weitergeführt worden. Das Gesetz über die Landesbauernkammern wurde neu gefaßt und eine Verwaltungsvereinfachung durch die Auflösung der Kreisbauernkammern erzielt. An der Westküste des Landes liegen 5000 ha zur Eingleichung bereit und an weiteren Plänen wurde gearbeitet.

Neues industrielles Leben

Ein Sanierungsprogramm zur Beseitigung des Notstandes stellte 1951 etwa 9 Millionen Bundesmittel bereit. Für 1952 werden nochmals 20 Millionen erwartet. Der Jahresumsatz der schleswig-holsteinischen Industrie stieg um mehr als 25 Prozent an, die Beschäftigtenziffer um 10 Prozent, der Auslandsumsatz sogar um 130 Prozent. Zahlreiche neue industrielle Betriebe, vor allem im Raum von Kiel, Lübeck und Eckernförde fanden hier neue Heimat. Die Arbeitslosenziffer, die 1949 noch 189 000 Arbeitslose betragen hatte, sank in

diesem Jahre auf 145 000 herab. 2268 neue feste Arbeitsplätze konnten geschaffen werden. An Notstandsarbeiten hat das Land von Juni 1951 bis März 1952 1,6 Millionen Tagewerke durchgeführt. Für 1952 sind 2,3 Millionen Tagewerke mit einem Kostenaufwand von 93 Millionen vorgesehen.

Neue Straßen — neue Häuser

Für den Straßenbau in Schleswig-Holstein standen 1948 erst 17,3 Millionen DM zur Verfügung, 1951 dagegen 38 Millionen DM. Mit diesem Geld konnten 1951 rund 250 km Straße neu gebaut oder instandgesetzt werden. Für das Haushaltsjahr 1952 stehen zum gleichen Zweck wiederum 45 Millionen DM bereit. Mit weiteren Beträgen ist zu rechnen, so daß sich die Gesamtsumme auf mindestens 60 Millionen DM belaufen wird.

Auch der Wohnungsbau ist in Schleswig-Holstein erheblich gefördert worden. 1949 konnten 9118 Wohnungen erstellt werden, 1950 wiederum 10 472 und 1951 nochmals 8686 Wohnungen. In diesem Jahre kann mit der Fertigstellung von 12 000 bis 13 000 Wohnungen gerechnet werden. Die finanziellen Mittel, die für die Bautätigkeit bereitgestellt werden mußten, stiegen von 63 Millionen im Jahre 1949 auf 74 Millionen bereits genehmigte und weitere 28 Millionen zugesagte Deutsche Mark. Dabei darf die Durchführung eines Barackenräumungsprogramms und die Förderung der Selbsthilfebauten nicht übersehen werden, ferner die Bereitstellung von 4 Millionen DM für Reparaturen an Altbauwohnungen und schließlich der Beginn einer größeren Möbelbeschaffungsaktion für mindelbemittelte Volksgenossen.

Die Wende ist nicht nur durch die Schwerkraft der Tatsachen eingetreten, sondern durch die unerhörte **Leistung des deutschen Volkes** in allen Schichten, was Sie gern bestreiten würden, durch eine kluge und maßvolle **politische Führung** des deutschen Volkes. Strauss.

Teures Nachspiel?

18 Schadensersatzprozesse müssen der Deutsche Gewerkschaftsbund und die IG-Druck und Papier als Folge des gegen die parlamentarischen Körperschaften inszenierten Zeitungstreiks vom 27. und 28. Mai führen. Der erste Prozeß, den der Verlag der „Kölnischen Rundschau“ geführt hat, ist bereits vom Arbeitsgericht in Köln gegen die Gewerkschaften entschieden worden. Über die Höhe des zu ersetzenden Schadens — die „Kölnische Rundschau“ hatte 6100 DM nebst 4% Zinsen verlangt — wird besonders entschieden werden.

Diesem Kölner Urteil war das Urteil des Arbeitsgerichts in Düsseldorf vorausgegangen, das bei der Abweisung der Klage eines im Zuge der Streikaktionen entlassenen Arbeitnehmers festgestellt hatte, die Aktionen hätten sich gegen die Bundesregierung gerichtet.

Daß der DGB mit seiner damaligen Aktion nicht nur eine praktische, sondern auch eine moralische Niederlage in der Auseinandersetzung mit den gesetzmäßigen Körperschaften der Bundesrepublik einstecken mußte, ist inzwischen kein Geheimnis mehr. Dennoch ist es auch nachträglich von sehr großer Bedeutung, wenn ohne politische Polemik die Paragraphen des Rechts ihr eigenständiges Kommentar geben. Und das

lautet eindeutig auf Rechtsbruch durch den DGB.

In der Begründung stellte das Arbeitsgericht in Köln fest, daß die Rechtmäßigkeit der einzelnen Kampfmaßnahmen des DGB wie insbesondere des Zeitungstreiks, verneint werden müsse, da sie sich unmittelbar gegen die verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik gerichtet und den Zweck gehabt hätten, das Parlament unter Druck zu setzen und das ordentliche Zustandekommen eines Gesetzes zu verhindern. Dadurch sei der Zeitungstreik nicht nur rechtswidrig, sondern im Sinne des Paragraphen 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch sittenwidrig. Aus diesem Grunde müßten die Urheber des Streiks den klar vorauszu sehenden Schaden ersetzen. Das Urteil des Düsseldorfer Arbeitsgerichts deckte sich vollständig in der Begründung mit diesem Kölner Urteil.

Wenn der DGB im Mai dieses Jahres ein Exempel auf seine Macht statuieren wollte, so hat das Ergebnis glücklicherweise gezeigt, daß in einem demokratischen Staat Recht vor Macht geht. Und schließlich sollte es für die Zukunft den Mitgliedern des DGB nicht ganz in Vergessenheit geraten, daß die Kosten für dieses Exempel letztlich diejenigen tragen müssen, in deren Interesse es angeblich begonnen worden ist.

C b CSU

CSU will Wahlkampf selbständig führen

Das Verhältnis der CSU zur Bayernpartei kam auf der traditionellen Jahreseinkehrtagung der CSU-Politiker zur Sprache, die der CSU-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Prälat Georg Meixner, am 25. August im Kloster Ettal bei Oberammergau eröffnete. Zur jüngsten Entwicklung in der Bayernpartei erklärte Generalsekretär Joseph Strauß (MdB), die Wahl Dr. Fischbachers und die Erklärung, die Bayernpartei werde künftig im Parlament die CSU in grundsätzlichen Fragen nicht mehr unterstützen, werde zu einer begrüßungswerten Klärung bei der Wählerschaft führen. Der CSU-Landesvorsitzende Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, der ebenfalls auf das Verhältnis zur Bayernpartei einging, erklärte, die CSU müsse für die bevorstehenden Bundestagswahlen vage Konzeptionen ablehnen. Sie werde ihre Grundsätze klar herausarbeiten und den Wahlkampf selbständig führen. Das hindere nicht, daß es zu Absprachen auf größerer oder kleinerer Ebene kommen könne, wenn beim anderen Partner guter Wille vorhanden sei.

Auf die Bundes- und Außenpolitik eingehend, sagte Dr. Ehard, die CSU habe die Außenpolitik des Bundeskanzlers in ihrer Grundkonzeption von Anfang an bejaht und unterstützt. Diese Politik beruhe auf der klaren Entscheidung, daß Deutschland nur mit Unterstützung und in zunehmendem aktiven Zusammenwirken mit der westlichen demokratischen Welt zu einem lebenswerten und seinem Wesen gerecht werdenden Dasein zurückfinden kann. Diese Politik sehe der bolschewistischen Bedrohung des Abendlandes ins Gesicht und sei entschlossen, alle Maßnahmen der geistigen, materiellen und militärischen Abwehr zu treffen. Die CSU könne für sich in Anspruch nehmen, daß sie diese Politik in Bundestag und Bundesrat wesentlich unterstützt und dem Kanzler erhebliche Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt habe. Zur europäischen Situation erklärte Dr. Ehard, nur der Druck der Vereinigten Staaten werde die Franzosen zur Ratifizierung des Deutschlandvertrages und des EVG-Vertrages bringen. Die durch diplomatische Stärke verdeckte französische chronische Schwäche sei ein Hauptgefahrenherd in der europäischen Situation.

Im Zusammenhang mit Fragen der Bundespolitik stellte Dr. Ehard fest, daß die CSU mit Sorge und berechtigter Empfindsamkeit die systematischen Versuche des Bundesinnenministeriums, sich zu einem Bundeskulturministerium zu entwickeln, beobachte. Bundesstaatssekretär Ritter von Lex ging in der anschließenden Diskussion auf das aufgeworfene Problem einer Bundeskulturinstanz ein. Er betonte, daß das Grundgesetz hierfür keine Grundlage biete. Dem Bund obliege lediglich der Schutz nationalen Kulturgutes vor Abwanderung ins Ausland sowie die Förderung der Forschung. Im übrigen liege auf kulturpolitischem Gebiet die Aufgabe des Bundes ausschließlich in einer freundschaftlichen Koordinierung und freundschaftlichen Initiierung.

MdB Dr. Jaeger bezeichnete in seinem Referat über die Arbeit des Bundestages das Vorgehen der Interessenverbände aller Richtungen als in zunehmendem Maße unverfroren und unverschämt. Das Kardinalproblem sei, daß das Parlament sich von solchen Einflüssen freihalte. Aufgabe der Volksvertretung sei es, den Ausgleich auf dem Boden des Gemeinwohls fernab von den Interessen der Einzelgruppen zu finden. Bezüglich des Betriebsverfassungsgesetzes wies Dr. Jaeger darauf hin, daß die Gewerkschaften zweimal mit Generalstreiks gedroht hätten, weil der Bundestag nicht schnell genug gearbeitet habe, dann aber sollte plötzlich und merkwürdigerweise die Verabschiedung ausgesetzt werden. Am Beispiel des Betriebsverfassungsgesetzes sei es erfreulicherweise in Westdeutschland jetzt offenbar geworden, daß das Parlament der wirkliche und einzige Gesetzgeber sei und nicht eine Interessenorganisation.

30. August 1952

C c Landesparteien

Schutz für die Zonengrenzen

Der Landesvorstand der CDU Hessen hat die Bundesregierung gebeten, entlang der Zonengrenze einen Patrouillendienst des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei einzurichten, um Übergriffe der Volkspolizei zu verhindern. 30. August 1952

A I c Saargebiet

Saar-CDU wartet ab

Der Gründungsausschuß der saarländischen CDU hat am 25. August in einer Sondersitzung zu dem Entscheid der Saarregierung Stellung genommen, nach dem auch der zweite Zulassungsantrag der CDU zurückgereicht und eine Registrierung der Partei erneut verschoben worden ist. Das Ergebnis der Besprechungen wird, wie die Leitung der Partei mitteilte, der Regierung des Saarlandes zugeleitet, jedoch vorläufig nicht veröffentlicht. Die Saar-CDU will die Pariser Besprechungen vom 29. August abwarten und erst dann ihr Schreiben bekanntgeben. Inzwischen hat die Saar-CDU am 27. August erneut bei der Regierung des Saarlandes ihre Registrierung beantragt.

30. August 1952

A II d Politische Persönlichkeiten

Etzel legt Mandat nieder

Auf einer Pressekonferenz in Bonn kündigte der Vizepräsident der Hohen Behörde der Montan-Union, Bundestagsabgeordneter Etzel, an, daß er in Kürze sein Mandat als Bundestagsabgeordneter niederlegen werde, weil seiner Meinung nach die Mitgliedschaft in einer übernationalen Behörde nicht mit dem Mandat in einem nationalen Parlament zu vereinbaren sei. Für Etzel wird eine Nachwahl erforderlich sein, da er in direkter Wahl im Wahlkreis Rees-Dinslaken (Nordrhein-Westfalen) gewählt wurde.

30. August 1952

A IV 7 c Flüchtlingsorganisationen

Oberschlesier stehen zu Lukaschek

Die obereschlesische Landsmannschaft von Nordrhein-Westfalen rief am 26. August in Iserlohn alle Oberschlesier zum Zusammenschluß in der besonderen obereschlesischen Landsmannschaft auf. Die Landsmannschaft warnte gleichzeitig die unpolitischen Organisationen der Ostvertriebenen davor, wie im Falle des Bundesflüchtlingsministers Dr. Lukaschek Werturteile über politisch tätige Persönlichkeiten abzugeben. An Dr. Lukaschek könnten einzig und allein die politischen Parteien Kritik üben. Die obereschlesische Landsmannschaft stehe „in alter Treue und Verbundenheit zu ihrem Landsmann Dr. Lukaschek“, dem früheren Oberpräsidenten und Vorkämpfer für die Freiheit Oberschlesiens.

30. August 1952

C d Ausschüsse

Denunziant gefaßt

Die Westberliner Polizei hat bei der Schlußveranstaltung des Katholikentages im Olympiastadion den 28jährigen ehemaligen Landesvorsitzenden der Sowjetzonen-CDU in Brandenburg und Bürgermeister von Potsdam, Hermann Gerigk (FDJ), festgenommen. Gerigk, der vor zwei Jahren Bürgermeister von Potsdam war, wird von Angehörigen der Exil-CDU beschuldigt, mehrere Personen dem sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst denunziert zu haben. Der Vernehmungsrichter hat gegen ihn Haftbefehl erlassen. Gerigk hatte sich im April dieses Jahres als Sowjetzonen-CDU-Landesvorsitzender beurlauben lassen, nachdem er krimineller Verfehlungen beschuldigt worden war, die nach einer amtlichen Mitteilung „nur im Wege des gerichtlichen Verfahrens“ geklärt werden können.

30. August 1952

A IV 1 a Allgemeines

Bischofskonferenz gegen Spielbanken

Die diesjährige Fuldaer Bischofskonferenz, die vom 11. bis 13. August stattfand, hat in ihrer Entschlußung u. a. auch zur Frage der Spielbanken Stellung genommen und dazu erklärt: „Die schlimmen Einwirkungen einer modernen Spielbank auf einzelne, auf bestimmte Volksschichten und auf die Sittlichkeit des Gesamtvolkes sind mit dem Wesen einer solchen Einrichtung so eng verknüpft, daß sie als unvermeidbar angesehen werden müssen. Der finanzielle Ertrag der Spielbank kann diese sittlichen Gefährdungen nicht aufwiegen. Der deutsche Episkopat hält es deshalb für seine Pflicht, vor Zulassung und Errichtung von Spielbanken ernstlich zu warnen.“

30. August 1952

A III If Zentrum

Gladbecks Jugend an CDU und Zentrum

In einem Aufruf des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend im Dekanat Gladbeck (Westfalen) an CDU und Zentrum heißt es: „Die vergangenen Wahlen haben uns die bittere Tatsache geschaffen, daß unsere christliche Stadt durch Zersplitterung der Parteien — CDU und Zentrum — eine sozialistische Mehrheit erhielt, die Entscheidungen fällt, die in krassem Gegensatz zu unserer christlichen Lebensauffassung stehen. Mit Sorge sehen wir daher dem Ausgang der kommenden Wahlen entgegen. Aus dieser Besorgnis heraus richtet die katholische Jugend Gladbecks an beide Parteien den dringenden Appell, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen eine gemeinsame Wahlliste aufzustellen. Es geht darum, der Stadt Gladbeck das christliche Gesicht, das sie von jeher hatte, wiederzugeben. Unsere christlichen Kommunalpolitiker müssen sich der großen Verantwortung bewußt sein, die sie der Jugend gegenüber tragen. Viele junge Menschen sind an der Frage „CDU oder Zentrum?“ irregeworden und einem lachenden Dritten in die Arme gelaufen.“ Die katholische Jugend Gladbecks werde nicht davor zurückschrecken, jeden öffentlich zu brandmarken, der durch sein Verhalten die Einheit der christlichen Parteien gefährde und so Handlanger des Marxismus werde. Die christlichen Parteien werden weiter zur weitestgehenden Toleranz aufgefordert, um durch eine gemeinsame Wahl sicher zu stellen, daß keine christliche Stimme verloren gehe. Nicht die Inhaber irgendeines Parteibuches, so heißt es abschließend in dem Aufruf, sondern Persönlichkeiten sollen die Geschicke der Stadt leiten.

30. August 1952

A V d Hessen

Ausgleich von Dürreschäden beantragt

Unverzügliche Maßnahmen, die geeignet sind, die beträchtlichen durch die sommerliche Trockenheit und Dürre entstandenen Schäden auszugleichen, beantragte die CDU-Fraktion im hessischen Landtag. Vor allem solle erwogen werden, ob steuerliche Erleichterungen bei außergewöhnlichem Ertragsausfall gewährt, Kreditmaßnahmen zur Erhaltung des Viehbestandes und die Beschaffung von verbilligten Futtermitteln ermöglicht werden können. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die außergewöhnlich geringen Niederschläge des Frühjahrs und des Sommers in einzelnen Teilen Hessens Dürreschäden verursacht haben, durch die die Ertragsfähigkeit der Landwirte beträchtlich herabgemindert wurde. Das Grünland sei zum Teil völlig ausgedörrt. Bei der Futtermittelernte würden sich Ausfälle bis zu 100 Prozent ergeben. Angesichts dieser Situation ergebe sich die Notwendigkeit staatlicher Hilfsmaßnahmen.

30. August 1952

B II a Sowjet-Union

Millionen Vermißter klagen Moskau an

Die Vereinigten Staaten haben auf der Sitzung des Sonderausschusses der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Kriegsgefangenenfrage am 22. August erneut eindringlich an die Sowjetunion appelliert, den Boykott des Kriegsgefangenenausschusses der Vereinten Nationen aufzugeben und Klärung des Schicksals von fast 2,5 Millionen Deutschen, Japanern und Italienern beizutragen, die seit Kriegsende in den kommunistischen Staaten vermißt sind oder noch zurückgehalten werden. Der an der Sitzung teilnehmende Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Hans R. Hirschfeld, forderte in der Eröffnungssitzung die Sowjetunion auf, Rechenschaft über den Verbleib von 1,2 Millionen vermißter deutscher Soldaten und mindestens 750 000 deutscher Zivilisten abzulegen, die in die Sowjetunion verschleppt worden seien. Dr. Hirschfeld legte der Kommission, zu deren Sitzung der sowjetische Vertreter nicht erschienen war, 50 dicke Bände mit der Aufschrift „Deutsche Kriegsgefangene und vermißte Angehörige der deutschen Wehrmacht“ vor. In ihnen sind die Namen der insgesamt 1 320 966 vermißten deutschen Soldaten und die Personalien der deutschen Zivilisten enthalten, die noch in sowjetischen, tschechoslowakischen und polnischen Gefängnissen zurückgehalten werden. Außerdem würden noch rund 100 000 deutsche Soldaten in anderen Ländern vermißt. Seit der letzten Sitzung der Kommission im Januar dieses Jahres, so erklärte Dr. Hirschfeld, seien 650 deutsche Gefangene von der Sowjetunion, 118 von den Vereinigten Staaten, 160 von Frankreich, 80 von Großbritannien, 100 von Jugoslawien, 253 von der Tschechoslowakei und 149 von Polen entlassen worden. In Polen würden gegenwärtig mindestens noch 3240 deutsche Kinder gegen den Willen ihrer Eltern zurückgehalten.

30. August 1952

A IV I e Kirchen

Forderungen des Katholikentages

Für ein Verbot der Spielbanken hat sich die „Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit“ auf dem 75. Deutschen Katholikentag in Berlin in einer Entschließung eingesetzt. Außerdem fordert sie weitgehende wirtschaftliche Hilfe für kinderreiche Familien und ein Gesetz gegen das Schundschiffstum. Eine Senkung der Tabaksteuer wird abgelehnt, da sie sich schädigend auf die Volksgesundheit auswirken würde.

30. August 1952

Mehr Bundesmittel für Soziallasten

Der Entwurf für den Nachtragshaushalt 1952 ist jetzt im Bundesfinanzministerium fertiggestellt und dem Kabinett zugeleitet worden. Er umfaßt insgesamt 1,8 Milliarden DM. Zusammen mit dem vom Bundestag bereits auch für dieses Rechnungsjahr genehmigten Vorjahreshaushalt erhöht sich damit der Bundesetat für das laufende Haushaltsjahr auf 24,8 Milliarden DM. Die Erhöhung erklärt sich aus den gestiegenen Besatzungs- und Verteidigungskosten, die jetzt insgesamt 8,8 Milliarden DM ausmachen, aus einer Vermehrung der Sozialausgaben um 200 Millionen DM, aus einer Erweiterung der Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau um 150 Millionen DM und einer Erhöhung der Berlin-Hilfe um 50 Millionen DM.

30. August 1952

A VI Sowj. besetzte Zone

Bilanz der Sowjetzonen-Konzentrationslager

In einer Broschüre „Die sowjetischen Konzentrationslager auf deutschem Boden 1945—1950“ legte die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ an Hand von rund 4000 Zeugenaussagen Tatsachenmaterial über die vor zwei Jahren aufgelösten Konzentrationslager in der Sowjetzone vor. Aus der angeführten Statistik geht hervor, daß in den ersten fünf Nachkriegsjahren 185 000 Menschen (Frauen, Männer und Jugendliche) durch die 13 sogenannten Internierungslager in der Ostzone gegangen sind. Von ihnen sind 96 000 an Hunger und Entbehrung gestorben, 37 000 in die Sowjetunion deportiert und nur 37 500 wieder freigelassen worden. 14 500 wurden bei der Auflösung der Lager Anfang des Jahres 1950 zurückgehalten. Ein Teil von ihnen wurde dann ebenfalls deportiert oder dem sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst übergeben. Von den nicht Entlassenen wurden 3500 bei den sogenannten Waldheimer Prozessen abgeurteilt. 27 Männer und eine Frau wurden zum Tode, die übrigen zu Haftstrafen zwischen 6 Jahren und lebenslänglich verurteilt. Die größten Konzentrationslager, die noch aus der Nazizeit stammten, waren Sachsenhausen und Buchenwald. In Sachsenhausen sind von 60 000 Internierten 26 700 gestorben, in Buchenwald von 30 600 Häftlingen 13 200.

30. August 1952

Autorität in christlicher Schau

Der bayerische Kultusminister Dr. Schwalber machte in einer Festrede in Salzburg am 24. August anlässlich der dortigen Hochschulwochen stark beachtete Ausführungen zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen über den sog. Autoritätsbegriff. Wörtlich sagte Kultusminister Dr. Schwalber: „Es gibt in der ganzen Welt nur eine einzige Macht und eine einzige Quelle der Autorität, das ist die Allmacht und unbegrenzte Autorität Gottes. In ihr allein ist verankert die Autorität der Eltern; sie gibt den Königen das Schwert in die Hand und gibt dem Urteil der Richter die verbindliche Kraft. Das, so werden mir viele sagen, klingt wie eine der großen Utopien der Geschichte. Die Wirklichkeit ist so, daß die verwerfliche Verirrung und Entartung zur Regel geworden ist. Man muß die Menschen verstehen, die zu einer gänzlichen Verachtung des Staates als solchem gelangt sind, die das Individuum als allein wichtig, maßgebend und existent ansehen und in der staatlichen Gemeinschaft bestenfalls ein Hilfsinstrument zur Förderung der persönlichen Wohlfahrt erblicken wollen. Ihnen ist jeder reaktionär und gefährlich, der es wagt, das Wort Autorität auch nur in den Mund zu nehmen. Man bemüht sich, die Autorität der Eltern nach Kräften zu untergraben; der Autoritätsbegriff soll aus der Pädagogik verschwinden und ein Staat mit Autorität wird als gefährlicher angesehen als ein feindliches Kriegsheer. Freiheitsdrang auf den Knien, der sich austobt in schrankenlosem Egoismus, in unersättlicher Lebensgier, in mörderischer und selbstmörderischer Gewinnsucht. Der Abbau der Autorität, wie wir ihn seit geraumer Zeit in weiten Teilen der alten und der neuen Welt erleben, ist aber der nächste und direkte Weg zur staatlichen Anarchie...“

30. August 1952

Nationale Schranken werden wirklich fallen

von Franz Etzel, Vizepräsident der Hohen Behörde

Seit dem Zusammentritt der Hohen Behörde in Luxemburg sind viele Tage vergangen. Der Start war von guten Wünschen der deutschen Presse begleitet. In der Zwischenzeit häufen sich besorgte Stimmen über die ersten Arbeitsergebnisse in Luxemburg. Eine Zeitung brachte zum Ausdruck, daß die Tätigkeit der Hohen Behörde ernster Kritik unterliegen müsse und daß die Wirtschaftspresse zwangsläufig nüchterner urteile als politische Kommentatoren. Dieser Meinung kann nur in vollem Umfang zugestimmt werden. Es muß aber doch befremden, mit welcher Bedenkenlosigkeit in vielen Fällen Darstellungen gegeben werden, die jeder sachlichen Grundlage entbehren. Eine solche Behauptung geht dahin, daß der Präsident der Hohen Behörde eine umfangreiche Liste leitender französischer Persönlichkeiten aus dem Planungsamt in Paris zur Aufnahme in die Hohe Behörde vorgeschlagen hätte. Demgegenüber steht fest, daß außer dem persönlichen Referenten des Präsidenten lediglich ein einziges Mitglied aus dem französischen Planungsamt vorgeschlagen worden ist und daß die französischen Personalwünsche auf keinen Fall umfangreicher sind als beispielsweise die deutschen.

Eine andere Behauptung ging in Deutschland dahin, daß die französische und belgische Industrie umfangreiche Investitionsprogramme vorlegen wollte, die das Gleichgewicht der Mitgliedsländer zu stören geeignet seien, während in Frankreich die gleiche Behauptung über deutsche Absichten aufgestellt wurde. Es ist selbstverständlich, daß in den Grundstoffindustrien umfangreich investiert werden muß. Von irgendwelchen Nationalen Programmen ist bisher aber auch nicht am Rande die Rede gewesen. Immer wiederkehrend wird weiterhin behauptet, daß die deutschen personellen Wünsche auf Mitarbeit in der Hohen Behörde auf Widerstand stießen. Das ist schon deswegen völlig falsch, weil bis jetzt, abgesehen von personellen Entscheidungen im Hinblick auf die Männer, welche bei der Entstehung des Planes schon beteiligt waren, solche Entscheidungen noch nicht getroffen worden sind.

Es ist bemerkenswert, daß die Kritik immer wieder aus den nationalen Vorstellungen heraus ansetzt und gerade den übernationalen Charakter der Montanunion übersieht. In Deutschland würde heute vergleichsweise kein Mensch mehr wirtschaftspolitische Gegensätze aus der Existenz der Länder Bayern — Nordrhein-Westfalen herleiten wollen. Bei der Montanunion geschieht es aber, vielleicht heute noch verständlicher Weise, immer wieder. Es wird von einem politischen und ökonomischen Gegensatz der Mitgliedsländer ausgegangen. Es wird von einem Gleichgewicht des französischen und deutschen Marktes gesprochen, es wird behauptet, daß die französische Wirtschaft sich von den Ruhrzechen unabhängig machen wolle, es wird von einer einseitigen Steigerung der Stahlkapazität in Frankreich und Deutschland geredet, und es wird nur eines nicht gesehen: daß wir nach sechs Monaten einen gemeinsamen Markt für Kohle, Eisen und Stahl haben werden. In diesem Markt werden wir eine gemeinsame Kohle- und Stahlwirtschaft haben; es wird dann auf diesem Gebiet keine nationalen Sonderbereiche mehr geben. Das schließt natürlich nicht aus, daß immer noch Zechen und Stahl-

werke in Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Holland und Italien liegen werden, und daß das Gedeihen dieser Werke für die nationalen Wirtschaften und die Beschäftigung ihrer Arbeiter von allergrößter Bedeutung ist, und daß deswegen diese nationalen Wirtschaften an dem Gedeihen des Teiles des gemeinsamen Marktes, der auf ihrem nationalen Boden liegt, in höchstem Maße interessiert sind.

Jeder muß auf seine Kosten kommen

Die Lösung dieser Probleme kann aber nicht darin gesehen werden, daß man sich um Quoten rauft, und nationale Konkurrenzen entwickelt. Die Montanunion wird nur dann leben, wenn jeder Partner auf seine Kosten kommt. Das ist dasselbe wie bei jedem guten Vertrag. Würden einige Partner vernachlässigt werden, würde das das Ende der Union und damit das Ende Europas bedeuten. Die große Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl besteht also darin, den Markt für den Absatz so zu pflegen, daß die nationalen

Alles oder nichts?

Der Schuman-Plan bedeutet einen ersten Versuch, den als Appelle und Imperative gesetzten wirtschafts- und handelspolitischen Praktiken durch die Montanunion auf dem Felde von Kohle, Eisen und Stahl in sehr konkreter und unmittelbar praktischer Weise von unten entgegenzukommen. Die SPD will diesen Versuch nicht wagen; sie möchte in weltfremdem und blutleerem Perfektionismus alles oder nichts, obwohl sie wissen muß, daß diese Methode einer Sabotage gleichkommt. Europäische Politik unter solchen Vorbehalten wird zur politischen Heuchelei schlimmster Sorte.

Das ist aber der gleiche Geist, aus dem heraus die SPD seit Jahren den Kampf gegen die Regierung führt. Weil diese den Besatzungsmächten gegenüber nicht alle Befreiungen sofort und mit einem Schritt erreichte, hat man diese ihre Bemühungen vor den Augen des deutschen Volkes ständig herabzusetzen versucht und weigerte sich, die dann rasch heranreifenden Erfolge überhaupt nur als solche registrieren.

Prof. Dr. Erhard

Zechen und Stahlwerke ihren Absatz behalten und gleichmäßig weiter entwickeln können — gleichmäßig im Rahmen ihrer natürlichen Wettbewerbsfähigkeit. Es ist hier nicht die Stelle, die Einzelheiten dieser Probleme zu erörtern, aber bei richtiger wirtschaftspolitischer Entwicklung kann kein Zweifel an der Möglichkeit eines ausreichenden Absatzes entstehen.

Wenn eine Zeitung der Meinung Ausdruck gibt, daß die französische Investitionstätigkeit unvereinbar sei mit dem gemeinsamen Markt, so wird dabei folgendes übersehen: Die Investitionsmöglichkeiten der Werke sind im Rahmen ihrer Wirtschaftskraft durch den Schuman-Plan nicht begrenzt. Die Hohe Behörde hat eine Einwirkungsmöglichkeit nur auf die Investitionsmittel, die sie selbst vergibt und auf solche Investitionen, die subventioniert werden (sie sind verboten). Es wird also in diesem Sinne „nationale Investitionen“ nicht geben, wohl aber Investitionen der Werke. Das ist richtig und gut. Der Leistungswettbewerb wird sich so auch hier segensreich zu gegebener Zeit auswirken können. Ein funktionieren-

der Markt darf auch nicht allein unter dem Gesichtspunkt des Preiskampfes gesehen werden. Soweit übersehbar, will jedenfalls niemand, daß aus der Montanunion ein Superkartell werde. Wenn die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl der erste Schritt eines werdenden Europas ist, wenn die ersten Schritte dieses neuen Gebildes zwar beschleunigt aber doch behutsam und mit großer Klugheit und Überlegung getan werden müssen, wenn die ersten Entscheidungen in engstem Kontakt mit den Industriellen, den Arbeitern, den Verbrauchern und den Regierungen getan werden, dann sollte das alles eine gute Voraussetzung für das Gelingen ihrer Absichten sein. Um diese Fühlungnahme mit den Industriellen, den Arbeitern, den Verbrauchern, den Regierungen und auch mit der Presse zu fördern, hat die Hohe Behörde beschlossen, daß sie unmittelbar nach der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung in Straßburg nacheinander mehrtägige Stitzungen in den sechs Teilnehmerländern abhält.

Die Montan-Union soll der Beginn eines neuen Europas sein. Sie ist aber auch eine Welt im Werden. Es ist erforderlich, diese werdende Welt behutsam zu behandeln und alle Schritte mit Bedacht und Überlegung zu tun. Die Hohe Behörde wird daher in den nächsten beiden Wochen die Probleme diskutieren, die ihr der Schuman-Plan als Aufgabe stellt. Der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist gewissermaßen die Verfassung der Montan-Union, und die Aufgaben, welche die Verfassung stellt, müssen schnell in Angriff genommen werden. Durch den Zusammentritt der Hohen Behörde sind gewisse Fristen automatisch in Lauf gesetzt, die eingehalten werden müssen. Diese Beratungen sollen zunächst mit einigen Mitarbeitern erfolgen, die bereits bei der Entstehung des Planes beteiligt waren. Es soll anfangs nur die Problemstellung erörtert werden. Dann erst sollen die Antworten von Kommissionen erarbeitet werden. Wenn diese Kommissionen gebildet werden, dann müssen die — vorzeitig kritisierten — wichtigen personellen Entscheidungen gefällt werden. Zur Mitarbeit sollen erste Persönlichkeiten aus allen sechs Teilnehmerländern paritätisch herangezogen werden. Die Mitarbeiter in der Hohen Behörde sollen dabei nicht Vertreter bestimmter Gruppen oder nationaler Regierungen sein. Die Hohe Behörde wird auch engen Kontakt suchen mit den Industriellen, den Gewerkschaften, den Verbrauchern und auch den Regierungen. Die wichtigste Aufgabe wird der Grundbericht sein, den die Hohe Behörde nach fünf Monaten der gemeinsamen Versammlung vorzulegen haben wird. Dieser Bericht wird nicht nur die Daten enthalten, er wird auch ein Programmbericht sein müssen.

Großbritanniens

Schritt nach Luxemburg . . .

bezeichnete Franz Etzel vor der Presse als einen großen Schritt vorwärts. Der Entschluß der britischen Regierung, eine Mission bei der Hohen Behörde in Luxemburg zu akkreditieren, ist nach Ansicht Etzels nicht nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch von der Absicht bestimmt, die Möglichkeiten für eine spätere engere Assoziation Englands mit den europäischen Staaten zu prüfen. Die endgültige Form dieser britischen Anlehnung an die Montan-Union werde davon abhängen, wie sich die Montan-Gemeinschaft der europäischen Staaten entwickelt.

Ist eine Gebührenerhöhung der Post wirklich notwendig?

Eine Auseinandersetzung als Diskussionsbeitrag

In ihrem Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1950, das vom 1. April 1950 bis zum 31. März 1951 läuft, hat die Deutsche Bundespost kräftig ins Horn gestoßen und damit den Auftakt zu einer Diskussion ihrer Investitionswünsche gegeben. Es heißt dort an der Schwelle des Rechnungsjahres 1951 „könnte man nicht mehr damit rechnen, daß in Zukunft Eigenmittel für Investitionen in der üblichen Höhe zur Verfügung stehen würden. Ganz abgesehen davon, ob zur Zeit überhaupt Aussichten dafür bestehen, den Kapitalmarkt für Anlagezwecke der DBP zu erschließen, erwächst aus dieser Lage die grundsätzliche Frage, ob die DBP eine Gebührenpolitik verfolgen soll und muß, die es ihr ermöglicht, einen angemessenen Teil ihrer Investitionen durch Selbstfinanzierung zu decken, damit das finanzpolitisch richtige Verhältnis zwischen Fremd- und Eigenmitteln gewahrt bleibt.“

Der Bericht fährt weiter fort, „der Lösung dieser Frage wird die DBP in Zukunft besondere Aufmerksamkeit widmen müssen“. Es scheint, daß dies nicht nur ein Anliegen der Post sein darf, sondern daß auch die Öffentlichkeit sich dieser Frage zuwenden muß. Sie wird sich dabei auf das Unterlagenmaterial der Post, zunächst also auf den bereits mehrfach erwähnten Geschäftsbericht stützen müssen. Die Post geht bei ihren Investitionsvorstellungen davon aus, die Entwicklung zeige „einen gegenüber früher verstärkten Übergang vom körperlichen (personalkostenintensiven) zum unkörperlichen (anlageintensiven) Nachrichtendienst von Post zum Fernmeldewesen“. Dieser „beschleunigten Strukturumschichtung, die einen wesentlich erhöhten Investitionsbedarf auslöst, und dem raschen Anstieg des Verkehrsumfanges war die Investitionstätigkeit der DBP bisher nicht gewachsen“, wird dann weiter festgestellt, und daran die Bemerkung geknüpft, die Post habe die in ihrem „Wirtschaftsplan“ vorgesehenen Gesamtinvestitionen nicht durchführen können.

An dieser Stelle muß die Kritik einsetzen. Der Begriff Wirtschaftsplan hat eine doppelte Bedeutung. Man kann darunter den Wirtschaftsplan verstehen, den ein Unternehmen aufstellt, in dem es seine Markterwartungen in eine bestimmte Form bringt, indem es in Rechnung zu stellen versucht, welche kaufkräftige Nachfrage am Markt besteht, welche Preise zu erzielen sein werden, welche Kosten zur Erbringung der eigenen Leistung anfallen und welche Betriebsdispositionen hinsichtlich der darzubietenden Leistungen und der notwendigen Investitionen fällig werden. Unter Wirtschaftsplan kann man in diesem Zusammenhang aber auch etwas anderes verstehen, nämlich den Ausschnitt aus dem großen Verfügungsplan über Produktion, Verbrauch und Investition, der in einer zentral gelenkten Wirtschaft besteht, wie er das einzelne Unternehmen betrifft.

Wir leben in einer marktwirtschaftlichen Ordnung des Wirtschaftsablaufs. Dementsprechend kann keine Frage sein, welche Art von Wirtschaftsplan die zeit- und ortsgemäße ist. Die allgemeinen Voraussetzungen des Wirtschaftens und Planens gelten auch für den Wirtschaftsplan einer Monopoleinrichtung.

Das Bedürfnis nach Art und Umfang der durchzuführenden Investitionen wird sich

nach der volkswirtschaftlich gerechtfertigten Nachfrage richten müssen. Die volkswirtschaftlich gerechtfertigte Nachfrage ist nicht ohne weiteres mit der tatsächlichen Nachfrage identisch; aber ist es eine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß volkswirtschaftlich gerechtfertigte Nachfrage und tatsächliche Nachfrage möglichst wenig von einander abweichen. Richtet sich die Investition aber nach einer falschen Größe der Nachfrage, so ist die Fehlinvestition, die vermieden werden muß, nicht nur im Hinblick auf den in Deutschland herrschenden Kapitalmangel, sondern auch der Art ihrer Finanzierung zu Lasten der Allgemeinheit.

Inwieweit kann man nun annehmen, daß die volkswirtschaftlich berechnete Nachfrage mit der tatsächlichen Nachfrage nach Leistungen der Post in Übereinklang steht? Die Post macht sich die Sache leicht. Sie stellt Strukturwandlungen der Nachfrage fest und ist entschlossen, ihnen mit Investitionen nachzugeben, sei es auch unter Einführung von Gebührenerhöhungen. Der finanzwissenschaftliche Begriff der Gebühr liegt fest; man versteht darunter ein Entgelt für spezielle Leistung. Die Post hat bisher noch nichts darüber verlautbart, inwieweit die heute geforderten Gebühren für die einzelnen Arten ihrer Leistung, die Kosten decken, einen Überschuß erbringen oder nur mangelnden Kostenersatz ermöglichen.

Jeder Betrieb, der bei stark differenzierten Herstellungskosten seiner Erzeugnisse eine Mischkalkulation macht, weiß, was dabei herauskommt. Das in einer lohnintensiven Fertigung gewonnene Erzeugnis kann und darf nicht die Kosten tragen, die bei der kapitalintensiven Herstellung eines anderen Erzeugnisses im selben Betrieb anfallen. Wenn der Betrieb trotzdem den Versuch macht, mit teurer Mischkalkulation zu arbeiten, so wird er sehr bald feststellen, daß er mit dem Preis des arbeitsintensiven Erzeugnisses zu hoch liegt und daß der Preis der kapitalintensiven Erzeugnisse nicht ausreicht, um die tatsächlich angefallenen Kosten zu decken. Von zwei Seiten her

wird er in die Verlustsphäre gedrückt: der verlustbringende Artikel „geht“ und der gewinnbringende Artikel „geht nicht“. Diese primitiven betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse muß sich auch die Post zu eigenmachen und ihre Gebührenpolitik auf die Kalkulation der Einzelleistung abstellen. Schließlich geht es auch aus sozialen Gründen nicht an, daß der Mann, der seinem Mitteilungsbedürfnis mit Postkarten genügt, damit die gehobenen Ansprüche dessen mit finanziert, der mit Blitztelegrammen zu arbeiten pflegt. Bevor also von Gebührenerhöhung gesprochen wird, hat die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf zu erfahren, ob und wie die Post überhaupt kalkuliert. Es besteht vorläufig der begründete Verdacht, daß eine Mischkalkulation mit dem Ergebnis aufgemacht wird, daß die einfache Leistung relativ zu billig abgegeben wird.

Schon aus diesem Grunde beruht die heute von der Post registrierte Nachfragestruktur auf volksbetriebswirtschaftlich nicht haltbaren Voraussetzungen. Wenn eine Leistung unter Selbstkosten abgegeben wird, so ist es kein Wunder, daß sie eine erhöhte Nachfrage auslöst. Es ist aber volkswirtschaftlich nicht zu vertreten, einer solcherart überhöhten Nachfrage mit Investitionen zu begegnen, von der anstößigen Finanzierung ganz zu schweigen. Die Darbietung der Leistung zu einem an den Kosten orientierten Preis wird schon selbst dafür sorgen, daß die Nachfrage zurückgeht, was wiederum seinen Einfluß auf das Investitionsbedürfnis hat. Abgesehen davon, daß ein nennenswerter Teil der heute im Wirtschaftsleben stehenden von der Kommissvorstellung infiziert ist, Geld spiele keine Rolle und in seinem beruflichen Wirkungsbereich vielfach dementsprechend handelt, hat Art und Umfang der heutigen steuerlichen Belastung dazu beigetragen, daß die Unkosten nicht mehr so sorgfältig überwacht werden, wie das früher der Fall war. Jeder von uns hat schon beobachtet, daß ein Ferngespräch für 5 DM geführt wird, wo man früher eine Postkarte für 5 Pfennige verwendet hätte. Dieses Beispiel aus dem Lebensbereich der Post zeigt, daß auch dort sich heute eine Nachfrage geltend macht, die volkswirtschaftlich höchst unerwünscht ist.

(2. Teil in der nächsten Ausgabe)

Für einen Deutschlandsender!

Seit längerem diskutiert die Öffentlichkeit den Vorschlag der Bundesregierung und der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten, dem deutschen Ansehen im Ausland durch besondere Kurzwellsendungen wieder Geltung zu verschaffen.

So begrüßens- und förderungswert dieses Vorhaben auch immer ist, so sehr muß doch bedauert werden, daß sich in diesem Zusammenhang nicht nachdrücklich eine zweite und keinesfalls weniger wichtige Forderung angemeldet hat: nämlich die auf Errichtung eines echten Deutschlandsenders, der vor allem in der Zone des Schweigens deutlich zu hören ist.

Seit Jahren strahlt die kommunistische Propaganda über den ehemaligen Deutschlandsender in Königs wusterhausen ihre zersetzenden Parolen nach Westdeutschland aus. Sehr bewußt haben die Machthaber der Sowjetzone die alte Bezeichnung beibehalten und es gibt nicht wenige in der Bundesrepublik Deutschland, die noch aus alter Gewohnheit diesen Sen-

der abzuhören pflegen, der als einzige Station in Deutschland noch über eine lange Welle verfügt.

Mit der zunehmenden Abriegelung Mitteldeutschlands durch die kommunistischen Behörden aber wird der Rundfunk mehr und mehr zu der einzigen geistigen Klammer zwischen West und Ost. Anerkennenswerterweise bemüht sich in zunehmendem Maße der RIAS Berlin, dieser bedeutsamen Aufgabe Rechnung zu tragen. Der RIAS aber ist ein amerikanischer Sender und die Stimme, mit der er spricht, ist keine deutsche Stimme. Wenn die 18 Millionen Deutschen im sowjetischen Herrschaftsbereich nicht endgültig der Lethargie verfallen sollen, ist es hohe Zeit, daß ihnen täglich und stündlich eine bedeutsame deutsche Stimme aus dem freien Westen sagt, wie es in der Bundesrepublik Deutschland wirklich aussieht und daß alles für die Wiedervereinigung in Freiheit getan wird.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schiefbach 102
Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.